Bundeskanzleramt

[redacted]

Referat 131
Angelegenheiten des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, Justiziariat, IFG-Koordination

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 30 18 400 - 0
FAX +49 30 18 400 - 1819
MAIL poststelle@bk.bund.de

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Einschreiben – Rückschein

[redacted]

Berlin, 9. Dezember 2019

BETREFF Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

AZ 13 IFG - 02814 - In 2019 / NA 283

BEZUG Ihre Anfrage vom 20. November 2019

Sehr geehrter Herr [redacted]

im Nachgang zu meiner Eingangsbestätigung vom 25. November 2019 zu Ihrem Antrag, mit dem Sie Informationszugang zur Tech4Germany gUG begehren, teile ich Ihnen mit, dass nach einer ersten Sichtung von einer größeren Anzahl an Dokumenten auszugehen ist (vermutlich mehr als 100).

Die bislang identifizierten Dokumente beinhalten auch personenbezogene Daten Dritter. Zugang zu den personenbezogenen Daten darf Ihnen gem. § 5 Abs. 1 IFG nur gewährt werden, soweit Ihr Informationsinteresse das schutzwürdige Interesse des Dritten am Ausschluss des Informationszugangs überwiegt. Um dies zu ermitteln, ist das Drittbeteiligungsverfahren gem. § 8 IFG durchzuführen.

Vor diesem Hintergrund und zur Vermeidung unnötigen Verwaltungs- und Kostenaufwands bitte ich um Mitteilung, ob auf die Übermittlung personenbezogener Daten Dritter verzichtet werden kann oder Sie Ihren Antrag insgesamt zurücknehmen möchten. Anderenfalls bitte ich um eine Begründung Ihres Antrages (§ 7 Abs. 1 Satz 3 IFG).

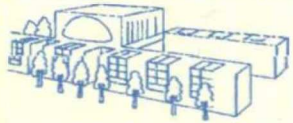
Ferner zeichnet sich - unabhängig vom Zugang zu personenbezogener Daten - ab, dass die Bearbeitung Ihres Informationsbegehrens mit höherem Verwaltungsaufwand verbunden sein wird. Voraussichtlich wird sich die Gebührenbemessung nach Ziffer 2.2 der Anlage zur IFGGebV richten. Ziff. 2.2 sieht einen Gebührenrahmen zwischen 30 und 500 € vor. Eine konkrete Bemessung der Gebühr ist letztendlich erst mit Abschluss des Verfahrens möglich, da erst zu diesem Zeitpunkt der konkret entstandene Verwaltungsaufwand feststeht.

Bitte teilen Sie mir mit, ob Sie trotz der sich abzeichnenden Gebührenpflicht an Ihrem Antrag festhalten wollen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Venzke

BUNDESKANZLERAMT



Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

Deutsche Post

FRANKIT 5,50 EUR

10.12.19 1D19000488

[redacted]

[redacted]

14/32046